

91.014

PTT. Geschäftsbericht und Rechnung 1990**PTT. Gestion et compte 1990**

Bericht des Bundesrates vom 24. April 1991
Rapport du Conseil fédéral du 24 avril 1991

Beschlussentwürfe siehe Seite 70 des Berichtes
Projets d'arrêté voir page 70 du rapport

Bezug bei der Generaldirektion PTT,
Viktoriastrasse 21, 3030 Bern
S'obtiennent auprès de la Direction générale des PTT,
Viktoriastrasse 21, 3030 Berne

Beschluss des Ständerates vom 6. Juni 1991
Décision du Conseil des Etats du 6 juin 1991

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Wanner, Berichterstatter: Ich komme mir von der Zeit her etwas eingeschränkt vor; ich versuche deshalb, mein Referat auf ein Drittel dessen zu reduzieren, was ich vorgesehen hatte. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates beantragt Ihnen auf Antrag der zuständigen Sektion, dem Geschäftsbericht der PTT zuzustimmen. Losgelöst von der sich verschlechternden Lage der PTT – Herr Züger wird näher auf sie eintreten – haben uns insbesondere drei Problemkreise beschäftigt. Es handelt sich um die Einführung des Bundesamtes für Kommunikation, dann um den Bereich Tarifpolitik und um die Telefonüberwachung.

Auf Aussagen in diesem Bereich legt die Geschäftsprüfungskommission besonderen Wert. Heute morgen hat die zuständige Sektion noch einige Beschlüsse gefasst, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte.

Die Schaffung des Bundesamtes für Kommunikation haben Sie im Zusammenhang mit dem neuen Fernmeldegesetz beschlossen. Wahrscheinlich war das sachlich richtig. Immerhin möchte ich darauf hingewiesen haben, dass sich Abgrenzungsprobleme ergeben werden, die nicht so einfach zu lösen sind. Es gibt Abgrenzungsprobleme zwischen den PTT einerseits und diesem neuen Bundesamt in zwei Bereichen. Erstens im personellen Bereich: Wer tut künftig was? Zweitens im sachlichen: Wie werden die einzelnen Sachbereiche voneinander getrennt?

Zur Tarifpolitik: Ich möchte nicht näher auf die Problematik der A- und B-Post eintreten. Wahrscheinlich war das nicht die glücklichste Übung aller Zeiten. Die PTT werden nicht darum herumkommen, gewisse Entscheide zu fällen, wie es damit weitergehen soll.

Da wird vermutlich auch Herr Züger näher darauf eintreten. Es drängen sich natürlich schon wirtschaftliche Konsequenzen auf, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit der A- und B-Post stehen.

Zur Frage der Telefonüberwachung: Die Sektion PTT und die Plenarkommission der Geschäftsprüfungskommission haben mit einiger Spannung auf den Bericht Righetti gewartet. Das Problem für die Geschäftsprüfungskommission ist, dass wir nur prüfen können, ob das Verfahren vom Antrag bis zur tatsächlichen Bewilligung einer Telefonüberwachung richtig verläuft oder nicht. Was die Sektion PTT der GPK im Moment mangels Auftrag nicht prüfen kann, ist, ob die Zugänglichkeit zur Telefonüberwachung zu niedrig ist und ob nicht zu viele Instanzen – vor allem auf kantonaler Ebene – eine solche Ueberwachung beantragen können.

Die Geschäftsprüfungskommission respektive ihre Sektion PTT hat heute morgen folgenden Beschluss gefasst: Der Bericht Righetti wird zur weiteren Bearbeitung – vor allem im Sinne einer Nachkontrolle zu den Puk-Anträgen – der Sektion EJPD überwiesen.

Die Sektion PTT wird anlässlich einer Sitzung im August einen Antrag zuhanden der Gesamtkommission GPK formulieren in dem Sinne, dass wir die Telefonüberwachung sowohl in ihrem Ausmass als auch ihre gesetzliche Regelung überprüfen. Es bedarf hier aber vorerst eines entsprechenden Auftrages der Gesamtkommission.

Wir werden diesen Antrag formulieren und hoffen, dass die Geschäftsprüfungskommission anlässlich ihrer Plenarsitzung im August dann entsprechend beschliessen wird.

Das sind in der möglichen Kürze meine Ausführungen mit dem Wunsche, dass Sie dem Antrag auf Zustimmung zum Geschäftsbericht der PTT entsprechen.

Züger, Berichterstatter: Erstmals seit 15 Jahren erzielen die PTT wieder einen Verlust. Mit einem Defizit von 97 Millionen Franken gegenüber einem Budgetgewinn von 85 Millionen Franken wird das Budgetziel klar um 182 Millionen verfehlt.

Die Begründungen: höhere Teuerung, Personalmassnahmen, sinkende Kapitalerträge, unter den Erwartungen liegende Erträge des Postverkehrs und gestiegene Aufwendungen für den Ausbau der betrieblichen Infrastruktur. Der Unternehmensverlust soll wie folgt gedeckt werden: 50 Millionen durch Auflösung des Gewinnvortrages aus der Rechnung 1989 und 47 Millionen durch Entnahme aus der Ausgleichsreserve.

Wäre das Parlament unseren Vorstellungen zur Gewinnverwendung der PTT-Rechnung 1989 gefolgt, hätte der gesamte Unternehmungsverlust 1990 mit dem Gewinnvortrag aus der Rechnung 1989 gedeckt werden können.

Sie wissen es, Sie haben es selbst schon erlebt: Recht haben und recht bekommen ist nicht dasselbe.

Das Eigenkapital sinkt somit auf 2,102 Milliarden. Der um 154 Millionen Franken gesunkene Cash-flow beträgt noch 2,044 Milliarden und deckt damit das Investitionsvolumen von 3,5 Milliarden nur noch zu 58 Prozent.

Die Finanzierungslücke beträgt damit 1452 Millionen Franken und wurde zur Hauptsache durch Auflösung von Kapitalanlagen beim Bund sichergestellt. Die Folge davon ist bekannt: Stark sinkende Kapitalerträge. Der Kostendeckungsgrad der Post betrug 84, der der Fernmeldedienste 113 Prozent, dies gegenüber 86 respektive 113 Prozent im Vorjahr.

Die Mischrechnung stellt die Differenz zwischen den Ergebnissen des Post- und Fernmeldebereiches dar. Inklusive gemeinschaftliche Leistungen beträgt sie 1990 1548 Millionen, was heisst, dass mit dem Gewinn des TT der Verlust des P in der genannten Grössenordnung gedeckt werden muss. Hier drängt sich eine rasche Entlastung auf.

Ein Thema für sich stellen die gemeinschaftlichen Leistungen dar. Sie stiegen auch 1990 um wiederum 50 Millionen und betragen nun stolze 400 Millionen Franken. Sie bestehen zur Hauptsache aus zwei Posten, nämlich Zeitungen und Zeitschriften – minus 261 Millionen –, Postautodienste – minus 128 Millionen Franken. Und beide fallen ausgerechnet noch bei der ertragsschwächeren Post an.

Hier ist wohl die Zeit des Redens vorbei; es müssen wirksame Massnahmen getroffen werden. Sonst kommen die PTT trotz Tarifmassnahmen fast nicht mehr aus dem Defizit heraus. Es geht nicht an, Presseförderung ausschliesslich auf dem Buckel der Post zu betreiben. Gemeinwirtschaftliche Leistungen, wie sie der Postautodienst erbringt, werden bei den SBB sowie den privaten öffentlichen Transportunternehmungen mit der grössten Selbstverständlichkeit abgegolten.

Daneben drängen sich zur Erzielung ausreichender Unternehmungsergebnisse und zur Verbesserung der Selbstfinanzierungskraft unternehmerische Massnahmen auf der Aufwand- und auf der Ertragsseite auf, d. h. Verbesserung des wirtschaftlichen Mitteleinsatzes, Kosteneinsparungen, Rationalisierungen, Einsatz von kostengünstigen Technologien, Prioritäten bei den Projekten, Begrenzung des Personalzuwachses und nicht zuletzt Tarifmassnahmen in kürzeren Intervallen.

Noch ein Wort zum Personal: Nach neuesten Berichten hat sich die Lage wohl wegen der wirtschaftlichen Entwicklung stark verbessert. Die Personalabgänge sinken, die Rekrutierungsbasis ist besser. Eine Ausnahme bildet nach wie vor der Dienstort Zürich.

Was verbleibt, ist ein spürbarer Substanzverlust, indem Fachkräfte die PTT nach wie vor verlassen und durch Hilfskräfte oder Ausbildungspersonal ersetzt werden müssen. Um am Ball zu bleiben, haben die PTT neben Lohnfragen verschiedene Massnahmen ergriffen, unter anderem in Sachen Wohnraumbeschaffung, Personalschulung und Laufbahnberatung.

Noch zu zwei Sorgenkindern: Da wäre einmal die A- und B-Post. Sie hat sich leider nicht so entwickelt, wie es sich die Generaldirektion vorgestellt hat, und zwar ertragsmässig wie auch im Bereich der Zustellfristen. Die einzigen, die sich so recht freuen mögen, sind die Grossaufgeber, die von einem grosszügigen Rabatt profitieren. Aber das war eigentlich – so glaube ich – nicht das Ziel der Uebung. Bis zum kommenden Herbst laufen nun drei Versuche: das heutige Zweitarifsystem mit ständiger Qualitätskontrolle; zusätzliche Massnahmen wie Pikettdienste, um die Ziele der A-Post sicherzustellen; Begrenzung der B-Post auf eine Mindestaufgabenmenge für Grosskunden, verbunden mit einer Tarifsenkung für A-Briefe. Erste Priorität hat das Ziel, eine Akzeptanz in der Oeffentlichkeit zu erreichen.

Das zweite Sorgenkind: Apoco, die Automation der Postzahlungsdienste. Hier sind die PTT einer allgemeinen schweizerischen Krankheit verfallen, nämlich der Ueberperfektion, was dazu führte, dass der Verwaltungsrat zum Abbruch der Uebung und zum Neubeginn blies. Dass da einige Dutzend Millionen auf der Strecke blieben, versteht sich von selbst. Vorgeschlagene Uebergangsmassnahmen: erstens die Ausrüstung aller Postcheckämter mit Personalcomputern, was sich in Zürich bereits bestens bewährt hat, zweitens die Durchführung des «Projektes V» als Pilotprojekt in Olten, unter Beizug von Herrn Thalman, drittens Neuevaluation der Stufe C mit Berücksichtigung und Einbezug laufender Systeme im Ausland. Auch hier wird aufgrund der Erkenntnisse im Herbst entschieden. Sie sehen: Wie bei uns hier, entscheidet sich auch bei den PTT fast alles im Herbst.

Zusammenfassend: Es wurden Fehler gemacht, aber sie wurden erkannt, teuer bezahlt und die Lehren daraus gezogen.

Abschliessend bitte ich Sie, die Rechnung der PTT 1990 trotz Defizit zu genehmigen und dem Bundesbeschluss B zuzustimmen. Ich danke dem PTT-Personal für die geleisteten Dienste im vergangenen Jahr.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.05 Uhr
La séance est levée à 13 h 05*

PTT. Geschäftsbericht und Rechnung 1990

PTT. Gestion et compte 1990

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.014
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.06.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1151-1152
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 992

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.